



# Fachgruppen-Info

GEW Fachgruppe Berufliche Schulen — 2023



Rainer Sturm / pixelio.de

## **Digitalisierung — mehr Fragen als Antworten?**

Die Digitalisierung der Schule ist in aller Munde. Sie beschäftigt die Behörde, die Schulleitungen, die Kolleg:innen, aber auch die Verwaltungsangestellten, die Ausbildungsbetriebe und die Schüler:innen. Eigentlich alle.

Es geht zum einen um Arbeitszeit – länger, mehr oder doch zeitsparend? Es geht auch um Fortbildungen: In manchen Schulen sollen die Hälfte der Pflichtfortbildungsstunden nun für Digitalisierung eingesetzt werden – volle Power in eine digitalisierte Zukunft, wir müssen uns gut aufstellen, mit gut ausgebildetem Personal. Und da wäre natürlich auch das Thema Gesundheit, denn Digitalisierung und die damit verbundenen Probleme zehren an unseren Kräften und Nerven. Sie macht uns manchmal gaga.

Und nicht zu vergessen: der DATENSCHUTZ, DSGVO-Konformität, Compliance oder WhatsApp und Co. bedenkenlos anwenden?! Allein schon die zahllosen zu verwendenden und manchmal zyklisch zu ändernden (laut BSI nicht mehr zeitgemäß!) komplexen Passwortphrasen nach harten Vorgaben – demnächst noch mit Zwei-Faktor-Authentifizierung. Datenschutz ist doch eher was für Nerds und Geeks. Da blickt doch niemand mehr durch, was gerade erlaubt respektive en vogue ist. Geht man auf eine Fortbildung zum Thema Digitalisierung, zeigt sich, dass es den einen Weg nicht gibt. Die Nerds und

Geeks wurden schon erwähnt, aber Digitalisierung geht alle an, die ihr dienstliches Endgerät kritisch beäugen. Doch man bekommt den Eindruck, dass dieses ganze Technik-Gepose und Softwaregequatsche viele eher abschreckt als uns ins Boot holt.

Ja und dann wäre natürlich noch zu fragen, wie sich die Digitalisierung eigentlich mit unseren Bemühungen um den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit verhält. Das Papier fällt jetzt weg – schützt den Wald – wird aber durch eine immense Ausbeutung von zum Beispiel Seltenen Erden ersetzt und in regelmäßigen Abständen in den Müll geworfen oder zum Verbrennen nach Afrika, wo unter hohen Umweltbelastungen die Metalle dem Gerät wieder entzogen werden. Die Serverfarmen erzeugen so viel Wärme, dass zusätzliche Energie aufgewandt werden muss, um sie zu kühlen. Das alles ist nicht unser Problem, denn wir arbeiten mit der Cloud?

Wie auch immer. Es bleibt spannend und viel zu tun. Wir müssen jetzt aber dringend los zu unserer Resilienzfortbildung. Wir packen im Folgenden ein bisschen was an.

## **Tablets als dienstliche Endgeräte — ist es Elektroschrott oder kann es weg?**

Verschleudert Hamburg Gelder aus dem Digitalpakt?

In einer PR-trächtigen Nacht- und Nebelaktion verteilte die Behörde Tablets an die Kolleg:innen in Schule und hier auch nur an jene, die pädagogische Aufgaben erfüllen.

Die zur Verfügung gestellten Geräte, das Apple iPad 8 und das Microsoft Surface GO 2, verfügen über eine sehr überschaubare Speicherkapazität. Viele Anwendungen, die an unseren Schulen benötigt werden, sind nicht Tablet-kompatibel, d. h. auf den Geräten nur umständlich zu bedienen. Zusätzliche Werkzeuge wie Maus oder Stift mussten von den Kolleg:innen überwiegend selbst angeschafft werden. Einige Berufe, die mit speziellen (technischen) Programmen arbeiten, bemängeln, dass diese nicht aufgespielt werden können. Für die Textverarbeitung ist diese Geräteklasse ebenfalls ungeeignet.

Es könnten noch mehr „Unzulänglichkeiten“ genannt werden. Fakt ist, dass diese „Spielzeuge“ in der Ecke landen werden, da die Kolleg:innen schon an leistungsfähigeren Geräten arbeiten und gearbeitet haben. Die nachgelieferten Docking-Stationen werden daran nichts ändern, da es davon zu wenige gibt und auch zu wenige Arbeitsplätze an den Schulen.



Helene Souza / pixelio.de

Dass die Bereitstellung der dienstlichen Endgeräte eine Schnellreaktion, ungeplant und wenig durchdacht war, zeigen weitere Baustellen:

- » Die Verteilung und Einführung wurde den Schulen überlassen: Überforderte Admins und Schulleiter:innen verteilten einfach die Geräte, wie auf einem Basar.
- » Viele Kolleg:innen melden sich mit privaten ID an den Geräten an.
- » Welche Anwendungen heruntergeladen werden, bleibt den Kolleg:innen überlassen.
- » Datenschutzkonformes Verhalten sowie Datenschutz vieler Anwendungen wird jedem selbst überlassen.
- » Eine Klärung, in welchem Rahmen eine private Nutzung möglich ist, erfolgte nicht.

Mindestens genauso wichtig wie die Frage des Datenschutzes ist die des Gesundheitsschutzes. Eine übergreifende Gefährdungsanalyse wird gerade auf Drängen des Gesamtpersonalrates versucht. Hier zeigt sich schon, dass die Geräte einer professionell durchgeführten Gefährdungsanalyse nicht standhalten können.

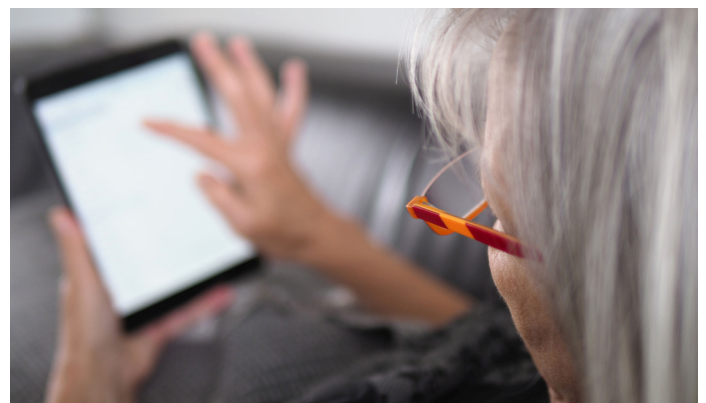
## It depends

Ich schreibe gerade auf meinem Schul-iPad der 8. Generation. In der Notizfunktion. Wenn ich von hier einen Text versenden will, tue ich das, indem ich diesen Text kopiere und direkt in die E-Mail einfüge. Das Office-Paket nutze ich aus politischen Gründen nicht. Aber ein kostenloses Office-Paket, das auf iOS und Android läuft. Mit Werbung.

In der Schule nutze ich das iPad zur schnellen Recherche, für den Stundenplan und zum Mailcheck. Auch für das schnelle Verfassen von Protokollen ist es perfekt. Meine Schule hat einen Pencil und eine Tastatur springen lassen. So weit, so gut. Für mich ist das Schul-iPad eine willkommene Ergänzung meiner digitalen Geräte. Ich bin allerdings an einer kaufmännischen Schule und muss nicht mit technischen Programmen arbeiten.

Was das Schul-iPad allerdings nicht ist: ein Dienstgerät. Denn dafür müsste es für dienstliche Zwecke geeignet sein: Notenverwaltung, datenschutzkonforme Kommunikation, Bearbeitung der Lernplattform. Das alles scheitert daran, dass ich mit dem iPad prinzipiell machen kann, was ich will: Programme nach Herzenslust aufspielen, im Internet surfen, auch ohne Virenschutz, Videos streamen usw. Leider muss ich das Gerät auch selbst warten, z. B. Updates installieren.

Daher hat die Ausgabe der iPads an den Hamburger Schulen also leider keineswegs die Forderung nach Dienstgeräten erfüllt - aus den beschriebenen Gründen. Dies ließe sich aber aus meiner Sicht heilen, wenn man die Geräte schulseitig warten würde und verbindliche und zweckmäßige Software vorinstallieren würde, so dass sie im Schulkontext standardmäßig nutzbar wären. Die Ausstattung mit einer Tastatur versteht sich von selbst. Dafür müsste Hamburg allerdings Geld in die Hand nehmen, denn Wartung = Personal = dauerhaft anfallende Kosten. Und daran wird es wohl leider scheitern.



Petra Bork / pixelio.de

## Die harten Fakten zum Digitalpakt

GEW-Studie „Mehrbedarfe für eine adäquate digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen im Lichte des Digitalpakts“

Elemente adäquater Ausstattung sind:

- » Zentral zur Verfügung zu stellende Medienangebote
- » Zentrale Lernplattformen, Software-Lizenzen
- » Pädagogische Unterstützung z. B. durch Medienbeauftragte
- » Leistungsfähige Internetanbindung
- » LAN-, WLAN-Netz
- » Zentrale Dienste wie E-Mail, Virenschutz, Identitätsmanagement
- » Wartung und Support
- » Prozesskosten der Steuerung und Entwicklung
- » Digitale Endgeräte
- » Computerräume
- » Standard-Softwarelizenzen
- » Präsentationsmedien
- » Endgeräte der Lehrenden
- » Fortbildungen

Bundesweit ergibt sich für die Beruflichen Schulen ein Bedarf von gut einer Milliarde Euro pro Jahr, pro Schüler\*in in Teilzeit 387,40 Euro, in Vollzeit 469,90 Euro. In Hamburg entstünden dadurch Kosten von knapp 21,8 Millionen Euro pro Jahr.

Im Rahmen des Digitalpaktes werden von 2019 bis 2024 rund 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die Berechnungen oben zeigen, dass allein die Beruflichen Schulen in diesen fünf Jahren einen Bedarf von gut fünf Milliarden Euro haben.

Logischerweise wäre eine Verstetigung und Erhöhung der Mittel aus dem Digitalpakt über 2024 hinaus notwendig. Wartung und Support sind der wichtigste Punkt, hier müssen attraktive Stellen geschaffen werden, die für IT-Fachkräfte interessant sind. Die isolierte Anschaffung digitaler Endgeräte, ohne Einbindung in Nutzungskonzept und -Management lässt die Wirkung der Mittel verpuffen und ist am Ende kontraproduktiv.

<https://t1p.de/Mehrbedarfe-digitale-Ausstattung-BS>

## Die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) Gerechte Anrechnung der Arbeitszeit oder veraltetes Steuerinstrument?

Stellen Sie sich bitte vor, dass im Jahr 2003, unter der Federführung von Schulsenator a. D. Rudolf Lange (FDP), die Regelung der Arbeitszeit von Lehrkräften mittels des Pflichtstundenmodells durch die Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) abgelöst wurde.

Damals wurden die Tätigkeiten von Lehrkräften in der Freien und Hansestadt Hamburg in ihre Einzelteile zerlegt, um eine besser planbare Einsetzung der Lehrkräfte in ihre Tätigkeiten zu erreichen. So viel sei an dieser Stelle zunächst einmal historisch zur LAZVO gesagt. Denn sie wurde in den vergangenen 19 Jahren bereits oft kritisiert. Viele Beteiligte und Betroffene, allen voran die GEW, haben ihre Reform oder gar die Abschaffung gefordert.

Warum wurde also die Abschaffung eines augenscheinlich gerechten Planungsinstrumentes gefordert? Es ist schlichtweg gesagt die Ungerechtigkeit, welche mit der LAZVO einhergeht. Stellen Sie sich bitte weitergehend die folgende Begebenheit vor:

Noch bis vor kurzem war das Hauptmedium in einem Klassenraum eine Kreidetafel. War die Tafel kaputt, so konnte ein Handwerker diese mit Werkzeugen und geringem Materialeinsatz wieder instand setzen. Nehmen wir, rein hypothetisch, einen Zeitwert von 1,5 Stunden je Reparatur an. Heute ist das Hauptmedium in den meisten Klassenräumen ein Smartboard oder gar ein Smart LED-Display. Diese Geräte sind technisch deutlich komplizierter und aufwendiger aufgebaut als ihre zuvor genannten historischen Vorfahren. Eine Reparatur kann hier nur durch speziell geschulte Techniker:innen mit einem deutlich anspruchsvolleren technischen Equipment durchgeführt werden. Oft ist der Zeiteinsatz hierfür auch deutlich als bei der zur Schiefertafel.

Die Arbeitsabläufe und Qualifikationen der Mitarbeitenden sowie der Einsatz von Spezialwerkzeugen sind mit der Zeit deutlich komplexer geworden, ebenso wie die Reparaturzeiten.

Sie werden sich nun fragen, warum dies hier so ausgeführt wird und was der Lehrberuf mit der Reparatur von Tafeln und Smart Displays zu tun hat. Nun, der Beruf der Lehrkraft hat sich in den vergangenen 19 Jahren ebenfalls deutlich verändert. Nur wurde die LAZVO von keiner in dieser Zeit amtierenden Regierung in Hamburg angefasst bzw. reformiert.

Auch wenn sich breite Teile der Bevölkerung und auch der Regierungen dies kaum vorstellen können, aber der Lehrberuf hat sich stark gewandelt.

Im Rahmen der selbstverwalteten Schule sind Lehrkräfte heute nicht nur pädagogisches Fachpersonal, sie sind auch in der Schul-, Bildungsgang- und Bildungsplanentwicklung tätig, sie planen und gestalten Räume, planen und führen Umzüge durch, sie setzen Pandemiemaßnahmen um, sind Sonderbeauftragte für die vielfältigsten Tätigkeiten, welche früher bspw. noch von Behörden wahrgenommen wurden sowie Sozialarbeiter:innen, Berufsberater:innen und auch Prüfungsersteller:innen.

Viele neue Tätigkeitsfelder sind einfach additiv in das allgemeine Tätigkeitsfeld einer Lehrkraft aufgenommen worden: Schulreformen, Planung und Umsetzung von Schulfusionen, Entwurf und Umsetzung neuer Schulformen wie bspw. die Beschulung von Geflüchteten, etc.

Dieser Aufgabenzuwachs endet nicht selten in gesundheitlichen Beeinträchtigungen, da die zeitliche Anrechnung nicht gegeben ist.

Keine der aktuell in der Hamburgischen Bürgerschaft regierenden Koalitionsparteien hat die Absicht sich einer Reform der LAZVO anzunehmen und selbst die Oppositionsparteien reagieren bei diesem Thema verhalten.

Wir fordern daher: Eine Reform der LAZVO muss dringend angestoßen werden. Die im Bund vergleichsweise gut ausgestatteten Hamburger Schulen müssen durch engagiertes Lehrpersonal auf eine moderne und zukunftsorientierte Weise konsequent weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Zeit. Und diese Zeit steht gemäß der LAZVO aus dem Jahre 2003 nicht ausreichend zur Verfügung. Lehrkräfte brauchen mehr Zeit und angemessene zeitliche Entlastungen für die ambitionierten Aufgaben, die eine moderne Entwicklung von Schule und Unterricht mit sich bringt.

Meine sehr verehrten Leserinnen und Leser, bitte sorgen Sie gemeinsam mit uns dafür, dass der politische Druck steigt und die Hamburger Bürgerschaft die Reformierung der LAZVO von 2003 endlich auf die Tagesordnung setzt und dieses Thema in die Regierungsarbeit aufnimmt!

Vielen Dank

## Treffen der GEW Fachgruppe Berufliche Schulen

Die nächsten Termine der Sitzungen der Fachgruppe Berufliche Schulen, jeweils 17-19 Uhr, sind:

- 05.07.2023 Curio-Haus
- 30.08.2023 Curio-Haus
- 27.09.2023 Curio-Haus  
Willkommensveranstaltung für neue GEW-Mitglieder an den beruflichen Schulen
- 01.11.2023 Video-Meeting
- 13.12.2023 Curio-Haus
- 17.01.2024 Video-Meeting

Neue Aktive sind immer herzlich willkommen und können sich gerne per Mail melden, um die Tagesordnung zu erhalten.

<https://t1p.de/GEW-FG-BS>

V.i.S.d.P.

Dirk Mescher

